

Gliederung

§ 1. Bedeutung der Haftung	1
A. Beispiele für Belastungen des Arbeitgebers durch die Einigungsstelle	3
B. Beispiele für die Belastung der Arbeitnehmer durch die Einigungsstelle	4
C. Beispiele für Ansprüche von externen Vertragspartnern	5
D. Beispiele für Ansprüche in der Insolvenz.....	5
E. Beispiele für die Strafbarkeit von Einigungsstellenmitgliedern.....	5
 § 2. Pflichtenstellung der Einigungsstelle und ihrer Mitglieder.....	7
A. Rechtsnatur der Einigungsstelle	7
B. Keine Analogie zur Haftung für private Ämter	16
C. Pflichtenstellung gegenüber dem Arbeitgeber	17
D. Pflichtenstellung gegenüber dem Betriebsrat.....	24
E. Pflichtenstellung gegenüber den Arbeitnehmern.....	28
F. Pflichtenstellung gegenüber Konzernunternehmen und bei Unternehmensspaltungen	34
G. Pflichtenstellung gegenüber Vertragspartnern	42
H. Ergebnis.....	44
 § 3. Innenhaftung	45
A. Einigungsstellenmitglieder als Anspruchsgegner	45
B. Mögliche Anspruchsgrundlagen.....	46
C. Pflichten aus dem betriebsverfassungsrechtlichen Schuldverhältnis	55
D. Mögliche Schäden	81
E. Kausalität.....	96

F. Mitverschulden	102
G. Ergebnis.....	113
§ 4. Außenhaftung.....	115
A. Gegenüber Arbeitnehmern	115
B. Vertragshaftung	126
§ 5. Haftungsprivilegierung	141
A. Haftung für normatives Unrecht	142
B. Haftung bei Kollegialentscheidungen	143
C. Gegenüber dem Arbeitgeber	144
D. Gegenüber Konzernunternehmen und bei Unternehmensspaltungen	174
E. Gegenüber den Arbeitnehmern	177
F. Gegenüber Vertragspartnern.....	178
G. Ergebnis.....	181
§ 6. Haftung in der Insolvenz	183
A. Sozialplan vor Eröffnung des Insolvenzverfahrens	183
B. Sozialplan nach Eröffnung des Insolvenzverfahrens	184
C. Ergebnis.....	188
§ 7. Folgen der Haftung	189
A. Gesamtschuldnerische Haftung der Einigungsstellenmitglieder	189
B. Verhältnis von Haftung der Betriebsratsmitglieder und Haftung der Einigungsstellenmitglieder	190
C. Verhältnis von Arbeitgeberhaftung und Einigungsstellenhaftung	191

D. Versicherung.....	192
E. Prozessuale.....	194
§ 8. Strafrechtliche Verantwortung.....	199
A. Für Einzelhandlungen der Einigungsstellenmitglieder	199
B. Für den Spruch.....	209
§ 9. Zusammenfassung	219

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis.....	XXV
§ 1. Bedeutung der Haftung.....	1
A. Beispiele für Belastungen des Arbeitgebers durch die Einigungsstelle	3
B. Beispiele für die Belastung der Arbeitnehmer durch die Einigungsstelle.....	4
C. Beispiele für Ansprüche von externen Vertragspartnern	5
D. Beispiele für Ansprüche in der Insolvenz.....	5
E. Beispiele für die Strafbarkeit von Einigungsstellenmitgliedern	5
§ 2. Pflichtenstellung der Einigungsstelle und ihrer Mitglieder.....	7
A. Rechtsnatur der Einigungsstelle	7
I. Organ zur Streitbeilegung	7
II. Privatrechtliche Einrichtung	9
1. Kein Gericht	9
2. Keine Behörde.....	9
3. Keine Beleihung	11
III. Abgrenzung zu anderen Mechanismen der Streitbeilegung	11
1. Sozialrechtliche Schiedseinrichtungen	11
2. Schiedsgericht.....	12
3. Drittleistungsbestimmung, insbes. Schiedsgutachter.....	13
4. Mediation	15
IV. Zwischenergebnis.....	16
B. Keine Analogie zur Haftung für private Ämter.....	16
C. Pflichtenstellung gegenüber dem Arbeitgeber	17
I. Probleme einer rein vertraglichen Rechtsbeziehung	18
1. Beisitzerbestellung durch Betriebsrat	18

2. Gerichtliche Bestellung des Vorsitzenden	19
3. Zwischenergebnis	19
II. Trennung zwischen betriebsverfassungsrechtlicher und vertraglicher Rechtsbeziehung	20
1. Betriebsverfassungsrechtliches Schuldverhältnis als Organverhältnis.....	21
a. Rechte und Pflichten aus dem BetrVG.....	21
b. Wirkung der gerichtlichen Bestellung.....	22
c. Verpflichtung gegenüber beiden Betriebsparteien.....	22
2. Zusätzliches fakultatives Anstellungsverhältnis.....	22
III. Zwischenergebnis.....	24
D. Pflichtenstellung gegenüber dem Betriebsrat.....	24
I. Kein vertragliches Schuldverhältnis mangels umfassender Rechtsfähigkeit	24
II. Gesetzliches Schuldverhältnis aus § 179 BGB.....	25
III. Betriebsverfassungsrechtliches Schuldverhältnis	25
IV. Kein zusätzliches fakultatives Anstellungsverhältnis	27
V. Zwischenergebnis	28
E. Pflichtenstellung gegenüber den Arbeitnehmern	28
I. Kein Vertrag zu Gunsten Dritter.....	28
II. Kein Vertrag mit Schutzwirkungen zu Gunsten Dritter	28
III. Keine vom Betriebsrat abgeleitete Pflichtenstellung.....	29
1. § 75 BetrVG als kollektivrechtliche Norm.....	30
2. Kein gesetzliches Schuldverhältnis aus § 75 BetrVG	31
3. Zwischenergebnis	33
IV. Kein gesetzliches Schuldverhältnis aus §§ 76 Abs. 5 S. 3, 112 Abs. 5 S. 1 BetrVG	33
V. Zwischenergebnis	34
F. Pflichtenstellung gegenüber Konzernunternehmen und bei Unternehmensspaltungen	34
I. Einigungsstelle auf Konzernebene	34
II. Einigungsstelle auf Ebene der Konzerntochter.....	37
III. Unternehmensspaltung in Betriebs- und Anlagegesellschaft	39

IV. Zwischenergebnis.....	41
G. Pflichtenstellung gegenüber Vertragspartnern	42
I. Einigungsstelle als Vertragspartner	42
1. Teilrechtsfähigkeit des Betriebsrat.....	42
2. Teilrechtsfähigkeit der Einigungsstelle	43
II. Einigungsstellenmitglieder als Vertragspartner	44
III. Zwischenergebnis.....	44
H. Ergebnis.....	44
§ 3. Innenhaftung	45
A. Einigungsstellenmitglieder als Anspruchsgegner	45
B. Mögliche Anspruchsgrundlagen.....	46
I. Arbeitgeber	46
1. Klage auf Leistung.....	46
2. Schadensersatz aus betriebsverfassungsrechtlichen Schuldverhältnis.....	47
a. Schadensersatz neben der Leistung.....	47
b. Schadensersatz statt der Leistung.....	47
c. Verzugsschaden	48
3. Haftung wegen Amtsniederlegung	48
4. Deliktische Haftung	49
a. § 823 Abs. 1 BGB.....	49
b. § 823 Abs. 2 BGB i.V.m. § 79 BetrVG.....	50
c. § 823 Abs. 2 BGB i.V.m. § 266 Abs. 1 StGB.....	50
d. § 826 BGB	50
II. Konzernunternehmen und Unternehmensspaltung	51
1. Konzerntochter.....	51
2. Konzernmutter.....	52
3. Anlagegesellschaft	53
III. Betriebsrat	53
1. Kein eigner Schaden.....	53
2. Keine Drittschadensliquidation	54

3. Leistungsanspruch aus betriebsverfassungsrechtlichen Schuldverhältnis.....	54
4. Anspruch auf Ersetzung des Vorsitzenden	55
C. Pflichten aus dem betriebsverfassungsrechtlichen Schuldverhältnis	55
I. Haftung für den Spruch	56
1. Unwirksamkeit des Spruchs	56
a. Verfahrensfehler.....	56
aa. Gesetzlich geregelte Verfahrensvorschriften.....	57
bb. Rechtliches Gehör	58
cc. Öffentlichkeit.....	59
dd. Rechtzeitige Unterrichtung über Ort und Zeit	59
ee. Befangenheitsantrag.....	60
ff. Wirksame Konstituierung der Einigungsstelle	61
b. Rechtsfehler	62
aa. Bindung an zwingendes Recht	62
bb. Zuständigkeit	63
2. Ermessensfehlerhaftigkeit des Spruchs.....	64
a. Billiges Ermessen.....	65
b. Ex-ante Beurteilung.....	66
c. Prüfungsumfang im Anfechtungsverfahren	67
aa. Eingeschränkter Prüfungsumfang des BAG	67
bb. Umfassender Prüfungsumfang in Teilen der Literatur	68
d. Gleichlauf von Spruchunwirksamkeit und Pflichtverletzung?.....	69
aa. Pflichtenprogramm und Prüfungsmaßstab	69
bb. Pflichtenprogramm und Prüfungsumfang	69
[1] Gleichlauf bei umfassendem Prüfungsumfang	70
[2] Kein Gleichlauf bei eingeschränktem Prüfungsumfang des BAG	70
e. Auswirkung der Anfechtung auf die Pflichtverletzung	71
aa. Kein Einfluss auf Pflichtenprogramm.....	71
bb. Keine Heilung bei unterlassener Anfechtung	71
3. Nichtleistung und Verzögerung durch den Vorsitzenden.....	74
4. Nichtleistung der Beisitzer	74
a. Enthaltung.....	74

aa. Bewertung von Enthaltungen	75
bb. Abstimmungspflicht?	76
b. Fernbleiben trotz Ladung	77
5. Sonderfall: freiwilliges Einigungsstellenverfahren.....	78
a. Verfahrensfehler.....	79
b. Rechtsfehler	79
c. Ermessensfehler.....	79
II. Haftung für Nebenpflichtverletzungen.....	80
1. Verletzung von Geheimhaltungspflichten	80
a. Öffentlichkeit der Sitzung	80
b. Verstoß gegen § 79 BetrVG.....	80
2. Verletzung von Schutz- und Rücksichtnahmepflichten.....	81
D. Mögliche Schäden	81
I. Arbeitgeber	81
1. Durchführung eines unwirksamen Spruchs	81
a. Mittelbarer Schaden: Inanspruchnahme durch Arbeitnehmer	82
b. Unmittelbarer Schaden: Rückabwicklung eines unwirksamen Spruchs.....	83
c. Durchführung zwang?.....	83
d. Durchführung im Vertrauen auf die Wirksamkeit.....	84
e. Keine Kompensation durch bereicherungsrechtliche Rückabwicklung	85
2. Unwirksame Antragsablehnung.....	86
3. Ermessensfehlerhaftigkeit	88
4. Folgen der gerichtlichen Überprüfung	89
5. Teilunwirksamkeit des Spruchs	91
6. Nichtleistung	92
7. Verzögerungsschaden	93
8. Begleitschäden	93
II. Konzernunternehmen und Unternehmensspaltung	94
1. Schaden der Tochtergesellschaft.....	94
2. Schaden der Konzernmutter	96
3. Schaden der Anlagegesellschaft.....	96

E. Kausalität	96
I. Mehrheitsbeschlüsse der Einigungsstelle	97
1. Einstimmigkeit oder deutliche Mehrheit	97
2. Keine Kausalität der Überstimmten	98
3. Keine Einwirkungspflicht oder Pflicht zur Amtsniederlegung.....	99
4. Enthaltung.....	101
II. Durchführung des Spruchs durch den Arbeitgeber.....	101
F. Mitverschulden	102
I. Des Arbeitgebers	102
1. Bei Schadensentstehung, § 254 Abs. 1 BGB	102
2. Bei Schadensbegrenzung, § 254 Abs. 2 S. 1 BGB.....	104
a. Durch Kündigung.....	104
b. Durch Durchführung.....	106
aa. Kein gerichtliches Verfahren	106
bb. Während eines gerichtlichen Verfahrens.....	106
c. Durch unterlassene Anfechtung gemäß § 76 Abs. 5 S. 4 BetrVG.....	108
d. Durch nachträgliche Anerkennung im freiwilligen Einigungsstellenverfahren.....	109
II. Im Konzernunternehmen und bei Unternehmenspaltungen	110
1. Mitverschulden der Konzerntochter	110
2. Mitverschulden der Konzernmutter.....	111
3. Mitverschulden der Anlagegesellschaft	112
G. Ergebnis.....	113
§ 4. Außenhaftung.....	115
A. Gegenüber Arbeitnehmern	115
I. Bedürfnis nach einer Haftung	115
1. Inzidentprüfung des Spruchs.....	115
2. Leistungsklage bei teilunwirksamem Spruch.....	117
3. Schadensrechtliches Wahlrecht der Arbeitnehmer	117
4. Keine (ausreichende) Befriedigung durch Arbeitgeber	117
II. Haftung für Diskriminierungen aus dem AGG.....	118

III.	Deliktische Haftung	120
1.	§ 823 Abs. 1 BGB	120
a.	Gesundheitsverletzung	120
b.	Recht am Arbeitsplatz.....	121
c.	Allgemeines Persönlichkeitsrecht	122
aa.	Weitergabe persönlicher Arbeitnehmerdaten	122
bb.	Überwachung durch technische Einrichtung	123
cc.	Diskriminierung als Verletzung des allgemeinen Persönlichkeitsrechts.....	123
dd.	Widerrechtlichkeit.....	123
ee.	Kausalität	124
ff.	Art des Schadens	124
2.	§ 823 Abs. 2 BGB i.V.m. § 75 BetrVG.....	125
3.	§ 823 Abs. 2 BGB i.V.m. § 266 StGB.....	125
4.	§ 826 BGB.....	125
IV.	Mitverschulden.....	125
V.	Ergebnis.....	126
B.	Vertragshaftung	126
I.	Einigungsstelle als Auftraggeber	127
II.	Akzessorische Haftung der Einigungsstellenmitglieder	127
III.	Haftung der Einigungsstellenmitglieder gemäß § 179 Abs. 1 BGB analog	128
1.	BGH-Rechtsprechung zu Betriebsratsmitgliedern	128
2.	Kritikpunkte	129
a.	Vermögensfähigkeit nicht zwingende Voraussetzung für Rechtsfähigkeit.....	129
b.	Alternative: Haftung aus culpa in contrahendo.....	130
c.	Verstoß gegen Sinn und Zweck des § 179 BGB.....	130
d.	Zwischenergebnis.....	131
3.	Anwendung auf verschiedene Vertragsgegenstände.....	131
a.	Sachkosten	131
b.	Auskunftserteilung im Wirtschaftsausschuss, § 109 S. 3 BetrVG.....	131

c.	Hinzuziehung von Sachverständigen	131
aa.	Erforderlichkeit der Kosten	132
bb.	Zulässigkeit ohne vorherige Vereinbarung mit dem Arbeitgeber gemäß § 80 Abs. 3 BetrVG	132
cc.	Zulässigkeit nur nach vorheriger Vereinbarung mit dem Arbeitgeber gemäß § 80 Abs. 3 BetrVG	134
dd.	Entscheidend: Untersuchungsgrundsatz.....	135
ee.	Empfehlung: Vorherige Absprache.....	136
d.	Zeugenvernehmung.....	137
e.	Nicht: Kosten eines Verfahrensbevollmächtigten.....	137
4.	Regressanspruch gegen die anderen Einigungsstellenmitglieder....	138
IV.	Ergebnis	139
§ 5. Haftungsprivilegierung		141
A.	Haftung für normatives Unrecht	142
B.	Haftung bei Kollegialentscheidungen.....	143
C.	Gegenüber dem Arbeitgeber.....	144
I.	Modifikation der verletzten Pflicht	144
1.	Schiedsgutachtervertrag: offbare Unbilligkeit.....	145
2.	Unionsrechtlicher Staatshaftungsanspruch: hinreichend qualifizierter Verstoß.....	146
3.	Amtspflichtverletzung bei Ermessensentscheidungen: evident fehlerhafte Amtstätigkeit	148
4.	Business Judgement Rule.....	149
a.	Entwicklung der Business Judgment Rule.....	149
b.	Anwendbarkeit auf die Einigungsstelle.....	150
aa.	Unternehmerische Entscheidung.....	150
bb.	Handeln ohne Sonderinteressen und sachfremde Einflüsse auf der Grundlage angemessener Information: Differenzierung nach Art des Ermessensfehlers	153
cc.	Wohl der Gesellschaft.....	153
dd.	Gutgläubigkeit: Gleiches Ergebnis wie ex-ante Beurteilung	154

c. Zwischenergebnis	155
5. Zwischenergebnis	155
II. Modifikation des Vertretenmüssens	156
1. Analogie zu anderen Rechtsvorschriften.....	157
a. Richterprivileg des § 839 Abs. 2 BGB.....	157
b. Schiedsgericht.....	157
c. Gerichtlicher Sachverständiger.....	157
d. Öffentliches Verwaltungshandeln gemäß § 839 BGB i.V.m. Art. 34 GG.....	158
e. Ehrenamt.....	158
f. Zwischenergebnis.....	159
2. Modifikation des Fahrlässigkeitsbegriffs	160
a. Eigenständiger Fahrlässigkeitsbegriff	160
b. Subjektivierung des Fahrlässigkeitsbegriffs.....	161
3. Vereinbarung einer Haftungsprivilegierung	162
a. Zulässigkeit einer vertraglichen Haftungsbeschränkung.....	163
b. Ausdrückliche Vereinbarung.....	164
c. Konkludente Vereinbarung	165
d. Vereinbarung in AGB	166
4. Zwischenergebnis	168
III. Erweitertes Mitverschulden	168
1. Arbeitnehmerhaftungsprivileg für betriebsangehörige Besitzer....	169
2. Eigenständiges Einigungsstellenhaftungsprivileg.....	170
a. Herleitung.....	171
b. Voraussetzungen.....	171
aa. Privilegierte Tätigkeit	171
bb. Verwirklichung des Prognoserisikos.....	172
c. Rechtsfolgen	172
IV. Ergebnis	173
D. Gegenüber Konzernunternehmen und bei Unternehmenspaltungen	174
I. Gegenüber Konzerntochter	174
II. Gegenüber Konzernmutter	175
III. Gegenüber Anlagegesellschaft	176

E. Gegenüber den Arbeitnehmern	177
I. Keine vertragliche Haftungsbeschränkung	177
II. Kein Einigungsstellenhaftungsprivileg.....	178
F. Gegenüber Vertragspartnern.....	178
I. § 179 Abs. 2 und 3 BGB analog	178
II. Keine Haftungsbeschränkung auf Vorsatz und grobe Fahrlässigkeit ...	179
G. Ergebnis.....	181
§ 6. Haftung in der Insolvenz	183
A. Sozialplan vor Eröffnung des Insolvenzverfahrens.....	183
B. Sozialplan nach Eröffnung des Insolvenzverfahrens.....	184
I. Fehlerhafte Bestimmung der absoluten Obergrenze.....	185
II. Überschreitung der absoluten Obergrenze durch Individualklagen.....	186
C. Ergebnis0.....	188
§ 7. Folgen der Haftung	189
A. Gesamtschuldnerische Haftung der Einigungsstellenmitglieder.....	189
B. Verhältnis von Haftung der Betriebsratsmitglieder und Haftung der Einigungsstellenmitglieder	190
C. Verhältnis von Arbeitgeberhaftung und Einigungsstellenhaftung	191
D. Versicherung.....	192
E. Prozessuale	194
I. Keine Beteiligungsfähigkeit im arbeitsgerichtlichen Feststellungsverfahren	194
II. Partei- und Prozessfähigkeit.....	195
III. Rechtsweg bei Schadensersatzhaftung	196
IV. Rechtsweg bei Vertragshaftung.....	197
V. Beweislast	197
§ 8. Strafrechtliche Verantwortung.....	199
A. Für Einzelhandlungen der Einigungsstellenmitglieder	199

I.	Verletzung von Geheimnissen	199
1.	Schutz des Arbeitgebers.....	199
a.	§ 120 BetrVG.....	199
b.	§ 17 UWG	200
c.	§ 38 Abs. 1 Nr. 2c) WpHG.....	200
2.	Schutz des Arbeitnehmers.....	201
II.	Behinderung oder Störung von Amtsträgern.....	201
III.	Beihilfe zur Begünstigung von Einigungsstellenmitgliedern.....	202
IV.	Nötigung	203
V.	Erpressung.....	204
VI.	Betrug.....	205
VII.	Untreue.....	205
1.	Verfügung über Dispositionsfonds.....	205
2.	Sonderzahlungen	206
VIII.	Bestechlichkeit	207
1.	Vorteilsannahme und Bestechlichkeit im Amt.....	207
2.	Bestechlichkeit im geschäftlichen Verkehr	207
a.	Als Bewerber für die Einigungsstelle	207
b.	Als Einigungsstellungsmitglied.....	208
IX.	Steuerrechtliche Strafbarkeit	209
B.	Für den Spruch	209
I.	Begünstigung von Betriebsratsmitgliedern.....	210
II.	Untreue.....	210
1.	Missbrauchs- und Treuebruchtatbestand.....	211
2.	Vermögensbetreuungspflicht	211
a.	Keine einseitige Vermögensbetreuungspflicht gegenüber einer Partei	212
b.	Einheitliche Vermögensbetreuungspflicht im Form des Existenzschutzes	213
III.	Horizontale Zurechnung von Mehrheitsbeschlüssen	214
IV.	Vertikale Zurechnung der Durchführungshandlung.....	215
1.	Alleintäterschaft der Einigungsstellenmitglieder.....	215

2. Mittäterschaft der Einigungsstellenmitglieder.....	216
3. Einigungsstellenmitglieder als Teilnehmer.....	218
§ 9. Zusammenfassung	219
Literaturverzeichnis	225